

Ausgabe Februar 2012

# pro + kontra

## Stadtzeitung der DKP für Püttlingen

Ratsmehrheit gibt sich vom Ende der Jamaika-Koalition unbeeindruckt:

### Gleiche Brüder, gleiche Kappen

CDU/FDP/Grüne wollen weiterwurschteln bis zum bitteren Ende

**Die Jamaika-Koalition auf Landesebene ist schmachvoll gescheitert. Jedoch in Püttlingen gehen die Uhren anders. Hier wollen CDU, FDP und Grüne das Bündnis weiter betreiben und ihren fatalen Niedergangskurs bis zum bitteren Ende durchziehen.**

Zur Erinnerung: Bei der Stadtratswahl im Juni 2009 verlor die CDU 7,3 Prozentpunkte und rutschte von 22 auf 18 Mandate. Die absolute Mehrheit dieser Partei war endlich gebrochen. Aber die Schwarzen wollten ihre Macht partout nicht quittieren. Ähnliches wiederholte sich zweieinhalb Monate später bei der Landtagswahl, wo Peter Müller und seine CDU mit einem desaströsen Ergebnis in den Keller sauste. Jedoch Müller, Kramp-Karrenbauer, Meiser und Co. waren nicht bereit, die Bühne zu räumen. Hier wie da wurde daher gewissenlos gepokert, um doch noch die Pfründe zu retten.

So kam es, dass die Püttlinger CDU die

FDP ins Boot holte, um eine neue Mehrheit zu installieren. Diese Mogelei ist dann vom Grünen Adam voll mitgetragen worden. Fortan demonstrierte das „Trio Skandalo“ das Bild von großer Einigkeit. Kein Wunder, dass Bündnis-Chef Hubertus der SZ (vom 10.1.12) versichern konnte, dass das Scheitern der Jamaika-Koalition auf Landesebene „keine Auswirkung“ auf die Püttlinger Dreier-Kombination haben werde. Wieso auch?

Die Püttlinger CDU braucht ihre Partner, um die Majorität im Stadtrat zu behaupten. Sie wird „den Teufel tun“, ihre Vormachtstellung zu räumen. Und die FDP? Als kleinste Fraktion eine Beigeordnete stellen zu dürfen und in der Öffentlichkeit als ‚verlässlicher‘ Partner gehätschelt zu werden, ist doch schon was. Oder? Zumindest ist es das für gewisse Liberale, die nach Höherem und besonders nach Vorteilen streben. Solche gibt es nicht nur in Püttlingen, wie Beispiele aus der Landespolitik

Beeindruckende Veranstaltung in der ehemaligen Güterhalle:

### Kleine Zeitung mit großem Format



Einige Anmerkungen zum Jubiläumsfest der DKP-Stadtzeitung anlässlich „40 Jahre pro + kontra“ können Sie auf Seite 6 nachlesen.



**Am 17. Januar wurden verdiente Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr während einer Feierstunde in Uhrmachers Haus geehrt. Unter ihnen Ewald Rech, der seit 70 Jahren dazu gehört. Herzliche Gratulation!**

belegen. Was den Grünen angeht, ist nicht viel zu spekulieren. Raymund Adam, von dem selbst die Saarbrücker Zeitung schreibt; dass er „bisher fast nie in Erscheinung getreten“ sei, ist ein Mann, der kritiklos alles mitträgt, was die CDU vorgibt.

Man muss sich das mal bildlich vorstellen: Die Püttlinger Koalitionsrunde tagt und der Grüne, der auf dem Schoss von Hubertus sitzen darf, ist sichtlich stolz, brav nicken zu dürfen, wenn der schwarze Großmeister seine Visionen von sich gibt. Später im Stadtrat wird er gehorsam die Hand heben. Glaubt jemand, dass der dem Mehrheitskurs ernsthaft widersprechen könnte?

Man wird abwarten müssen, wie die Jamaikaner in Püttlingen weiterwurschteln. Den linken Kräften obliegt es, noch nachhaltiger für eine politische Kursänderung einzutreten. Was die DKP angeht, sind unsere Überlegungen auch in dieser Stadtzeitung zu finden.

Landtagswahl am 25. März:

### Neue Politik muss das Ziel sein

Wer sich schon vor der Wahl auf Große Koalition festlegt, treibt der CDU die Hasen in die Küche und begeht Wählerbetrug.

**Die DKP sagt: Der Mensch geht vor Profit!**

(Dazu Beiträge auf Seite 2)

**Kommentar von Thomas Hagenhofer, DKP-Vorsitzender im Saarland:**

## Saar-Jamaika ist am Ende

**Die Schwampel-Koalition (schwarze Ampel) im Saarland ist von der CDU aufgrund fehlender Machtperspektiven aufgekündigt worden. Damit endet diese neue neoliberale Regierungsvariante, wie sie begonnen hat, mit Skandalen und Wählerbetrug bis zum Abwinken.**

Die Angst war groß bei den wirtschaftlich Mächtigen nach der letzten Landtagswahl. Die CDU hatte abgewirtschaftet und war für ihre Politik mit riesigen Stimmenverlusten abgestraft worden. Mit dem Wahlerfolg der Partei „Die Linke“ war zudem eine neue Situation entstanden, die eine Ablösung der

CDU ermöglicht hätte. Und so wurde dann so lange gemauschelt, bis Jamaika installiert werden konnte. Die Grünen waren durch langjährige Intrigen ihres Vorsitzenden neoliberal gar gekocht und mit Großspenden gekauft; die FDP stand mit ihrer genauso regierungsgeilen Boygroup sowieso schon Gewehr bei Fuß.

Nachdem eine Krise die andere jagt, der bisherige Ministerpräsident Müller das sinkende Regierungsschiff verlassen hat, die FDP-Saar sich in Querelen selbst zerlegt, versucht die CDU die Flucht nach vorne anzutreten. Nun soll die SPD als Auswechselspieler für die



bruchlose Fortsetzung neoliberaler Politik auf den Platz geschickt werden. Profiliert hat sie sich in den Augen des Großkapitals durch ihre Kritik an den Sparhaushalten der Landesregierung. Sie fordert allen Ernstes noch härtere Einschnitte, noch mehr Kürzungen. Und so ist es kein Wunder, dass die IHK Saarland eine Große Koalition inzwischen als Wunschkonstellation betrachtet. Seit Monaten versucht sich eine sogenannte Zukunftsinitiative Saarland als überparteiliche Schattenregierung zu etablieren, die den Weg bereiten soll für noch mehr Sparmaßnahmen – Griechenland und Italien lassen grüßen.

Doch noch gibt es Chancen, den Druck gegen diesen erneuten Betrug zu erhöhen. Die Forderung nach Neuwahlen wird breit getragen von demokratischen Bewegungen, Gewerkschaftern, den Linken bis hin zu einflussreichen SPD-Mitgliedern.

Die DKP fordert Neuwahlen statt die Fortsetzung der bisherigen Politik mit neuem Personal! Notwendig ist auch, aus dem Jahr 2009 Lehren zu ziehen: Nicht erneut abwarten und zusehen darf die Devise sein, sondern Druck machen für eine andere Regierung und eine andere Politik (...).

Die DKP bleibt bei ihrer Position: Die arbeitenden Menschen des Saarlandes werden nur dann eine Zukunft haben, wenn eine Landespolitik mit der Prämisse durchgesetzt wird: „Der Mensch geht vor Profit!“

**Die Wähler sollten aus den Erfahrungen gewarnt sein:**

### Große Koalition brächte härtere Einschnitte

**Obiger etwas gekürzter Beitrag von Thomas Hagenhofer erschien am 13. Januar in der DKP-Wochenzeitung UZ und votiert eindeutig für Neuwahlen. Inzwischen ist klar, dass diese am 25. März stattfinden. Wie soll es jetzt weitergehen, das ist die Frage.**

Die CDU hatte bei der Landtagswahl vor 2½ Jahren eine deutliche Niederlage erlitten, weil sich ihre Politik immer offensichtlicher gegen die Mehrheit unserer Bevölkerung richtete und die Menschen auf eine neue Politik hofften. Das wurde jedoch durch die Jamaika-Koalition unmöglich gemacht und das Land ging immer mehr den Bach runter. Jetzt, nachdem das Bündnis zwischen CDU, FDP und Grünen geplatzt ist, ist eine politische Neuorientierung unerlässlich.

SPD-Landes-Chef Maas scheint die Zeichen der Zeit aber nicht zu begreifen; er ist bereit, mit der Niedergangspartei CDU eine Große Koalition einzugehen und dieser aus ihrer Notsituation herauszuhelfen. Nachdem ein sofortiges Regierungsbündnis mit der CDU an der bei den SPD-Mitgliedern stark unterstützten Forderung nach Neuwahlen scheiterte, strebt Maas „einen Neuanfang an der Spitze dieser Regierung“ an. Maas will um jeden Preis an die Futtergrippe und seinem Ego zur Genugtuung verhelfen.

Die Wähler hätten dabei wieder einmal das Nachsehen.

In einem Kommentar schrieb die SZ am 20. Januar: „Das Saarland wählt einen neuen Landtag - und hat eigentlich gar keine Wahl, denn die künftige Regierung steht schon fest: eine Große Koalition aus CDU und SPD. Offen ist allenfalls, wer den Regierungschef stellt“. Stimmt.

Wie kann man mit einer Partei koalieren wollen, die man zuvor jahrelang verteufelt hat?, fragen sich viele Menschen. Warum wird nicht ein Bündnis mit den Linken gesucht, um Auswege aus der Lage zu finden? Die Erfahrungen besagen doch, dass eine Große Koalition nur zu Belastungen für den kleinen Mann führt und die SPD immer unglaubwürdiger macht. Der Wirtschaftsflügel der CDU Saar hat bereits deutlich gemacht, dass er Vermögenssteuern ebenso ablehnen wird wie „einen gesetzlichen Mindestlohn und eine Einschränkung der Leiharbeit“ (SZ 27.1.12). Wie will da der SPD-Vormann seine Versprechungen umsetzen wollen?

Es bleibt dabei: Wer, wie Maas, auf die Schuldenbremse schwört, kann keine ernsthaften Alternativen zum bisherigen Sparkurs bieten. Wer eine neue Politik im Saarland durchsetzen will, muss sich gegen eine Große Koalition zur Wehr setzen.

**pro+kontra**

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen - Verantw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Weiherbergstr. 51 - Eigendruck

Stadtrat beriet über die Finanznot der Stadt:

## Auch dieses Jahr wütet der Rotstift

Am 8. Februar hat der Stadtrat den Haushalt für dieses Jahr verabschiedet. Wegen Redaktionsschluss können wir die konkreten Ergebnisse nicht darstellen, aber wir wollen über die Haltung der DKP-Fraktion informieren. Diese ging mit dem klaren Vorsatz in die Sitzung, keinerlei Belastungen für die Bürger unserer Stadt zu tolerieren.

Zunächst stand die Aufstellung eines Sanierungsplanes zur Debatte. Nachdem bereits im Dezember 2010 ein erster Teil des Sanierungsplanes beschlossen worden ist, ging es jetzt darum, die zweite Stufe dieses Rotstiftkonzeptes, das von 2012 bis 2015 gültig ist, auf den Weg zu bringen.

Nach den Vorgaben der Landesaufsicht waren für dieses Jahr mindestens 330.000 Euro einzusparen. Die Obrigkeit wird es freuen, denn dienstbeflissen hat die Verwaltung das Ziel überboten und knapp eine halbe Million Euro auf die Streichliste gesetzt. So kommt es, dass vor allem im Verwaltungsbereich, bei der Feuerwehr und im Personalbereich der Rotstift gewütet hat.

Dass künftig die Stellen einer hauptamtlichen Frauenbeauftragten, eines Leiters der Kreativ-Werkstatt und eines Verantwortlichen für das städtische

Archiv eingespart werden, konnte bei der DKP keine Zustimmung finden. Auch die Absicht, den Zuschuss für die Musikschule zu reduzieren und die örtlichen Vereine stärker zur Kasse zu bitten (durch höhere Hallenbenutzungsgebühren) stößt bei der DKP auf Ablehnung, ebenso der Versuch, die Kosten für Sportanlagen (durch Übertragung der wirtschaftlichen Trägerschaft an die Vereine) zumindest teilweise abzuwälzen.

Wir ersparen uns, die Grausamkeiten im Einzelnen aufzuzählen. Fest steht allerdings, dass das vorgelegte „Sanierungskonzept“ unter dem Druck der Schuldenbremse zustande gekommen ist. Uns fehlt jedoch ein Verständnis dafür, dass die Landesregierung keine Anstrengungen unternimmt, die Einnahmeseite zu verbessern (z.B. durch Wiedereinführung der Vermögenssteuer), andererseits aber die Gemeinden gezwungen werden, brutale Abstri-



### Ein ganz gefräßiger Raubvogel!

che an den Leistungen für die Bürger zu beschließen.

Der Haushaltsetat für 2012 zeigt einige Verbesserungen (z.B. bei den Zuweisungen aus der Einkommenssteuer und den Schlüsselzuweisungen) und geht von der Reduzierung der Regionalverbandsumlage aus. Es ist auch begrüßenswert, dass sich das jahresbezogene Defizit (entgegen allen Erwartungen) auf 3,86 Mio Euro reduziert. Dennoch ist für uns kein „Silberstreif am Horizont“ zu erkennen, wie das Bürgermeister Speicher im Ausschuss prophezeit hat.

**Im Übrigen ist die Senkung des jahresbezogenen Defizits nur möglich, weil darin die exorbitante Erhöhung der Friedhofsgebühren bereits enthalten ist. Wie übel die Lage aussieht, macht auch der Ansatz von 48 Millionen Euro für die Liquiditätssicherung deutlich. Nur auf Pump ist die Stadtkasse in der Lage, Personal und andere Verpflichtungen zu bezahlen.**

Ein Hauptproblem für die Stadt ist, dass alles Tun unter dem Damoklesschwert „Schuldenbremse“ vollzogen werden muss und dabei der Rotstift allgegenwärtig ist. Dem konnte die DKP **keine Zustimmung** geben. Deswegen sagten wir Nein zum „Sanierungskonzept“ und dem Erlass der Haushaltssatzung. Dem Investitionsprogramm stimmten wir zu, obwohl es äußerst bescheiden ist, beim Stellenplan übten wir Stimmenthaltung, weil wir der Streichung der oben erwähnten Stellen nicht zustimmten.



**In Püttlingen sind noch viele Aufgaben zu lösen, aber die dafür nötigen Mittel fehlen. Mittlerweile muss jeder Euro schon dreimal umgedreht werden, bevor er ausgegeben wird. Vor allem die Schuldenbremse macht Püttlingen zu schaffen, weil bis 2015 rund 1,5 Millionen Euro eingespart werden müssen. Das geht über das Leistungsvermögen hinaus und dreht der Stadt die Luft ab. Notwendiger denn je sind Hilfen des Landes, wobei die Schaffung eines Entschuldungsfonds für die Kommunen ein erster Schritt wäre.**

## Heftiger Streit über die Erhöhung der Kindergarten-Beiträge:

# Wer stiehlt sich aus der Verantwortung?

## CDU will ihr eigenes Versagen der Opposition anlasten

Am 7. Dezember stand erneut eine Erhöhung der Elternbeiträge für die drei städtischen Kindergärten auf der Tagesordnung. Erwartungsgemäß gaben die Mitglieder der Jamaika-Koalition ihre Zustimmung, während DKP, SPD und Linke mit 17 Stimmen dagegen votierten.

Für die DKP begründete Edith Albert (Foto) die Haltung der Kommunisten: „Wieder werden Familien mit Kindern zur Kasse gebeten“, erklärte sie, erneut würden jene getroffen, die es am wenigsten verkraften könnten und sie wirft die rethorische Frage auf; „ob wir da zustimmen müssen?“ Ihre Antwort: „Nein, diese Erhöhung passt nicht in die Zeit, sie belastet die Familien und muss zurückgewiesen werden!“

Das wollte die CDU nun doch nicht hinnehmen und Axel Schwindling, der schon öfter mit schmalbrüstigen Einwänden unangenehm aufgefallen ist, reagierte mit dem Vorwurf: „Sie stehlen sich aus der Verantwortung“.

Nun denn, Herr Doktor, da wollen wir doch mal nachprüfen, wer sich da aus der Verantwortung stiehlt.

Zunächst einmal: Als die Bundeskanzlerin vor zweieinhalb Jahren die große Sparkeule auspackte, wurde ausdrücklich betont, dass überall gestrichen werden müsse, nur nicht bei der Bildung, denn davon hinge die Zukunft unserer Republik ab. Auch die Jamaika-Regierung in Saarbrücken hatte zu Beginn ihrer Tätigkeit definitiv erklärt, dass alle Ausgaben auf den Prüfstand gehö-



ren, nur die Bildung müsse sogar zusätzliche Förderung erhalten. Damit ist eigentlich klar, dass dieser Bereich unbedingt Vorfahrt hat.

Wenn von Bildung die Rede ist, gehört auch der vorschulische Bereich dazu. Wissenschaftler und Pädagogen lassen daran keinen Zweifel aufkommen. Und selbst ernstzunehmende Politiker haben inzwischen begriffen, dass nur eine durchgängige Bildungspolitik, die im Kindergarten beginnt und über Elementarschulen bis zur Universität führt, zur Lösung der Probleme beitragen kann. Es ist also kein Zufall, dass in Rheinland-Pfalz vor zwei Jahren der komplett kostenlose Kindergarten durchgesetzt wurde.

## Zur Rolle von Kindergärten

Eigentlich dürfte die Bedeutung von Kindereinrichtungen auch der CDU in Püttlingen bekannt sein. Immerhin hat sie bereits im August 1999 in einer Wahlanzeige erklärt, dass „Kindergärten Teil des Bildungssystems“ (1) sind und die „Abschaffung der Kindergartenbeiträge“ (2) innerhalb einer Legislaturperiode erfolgen soll.

Dass die CDU damals den Mund zu voll genommen hatte und lediglich ein kostenloses Kindergartenjahr hinbrachte, welches dann schnell wieder einkassiert wurde, ändert nichts an den Tatsachen: Kindergärten gehören zum Bildungssystem und sind demnach kostenlos anzubieten. Punkt.

Richtige Erkenntnisse werden keineswegs falsch, wenn z.B. durch parasitäre Ausgabenpolitik des Staates (Milliarden für Bankenrettung und Kriegseinsätze in aller Welt) das nötige Geld fehlt, um diese Aufgaben zu realisieren. (Fortsetzung Seite 5)

### Zeit für den Wechsel:

## Kindergarten kostenfrei!



Kinder sind unsere Zukunft. Aber Kinder machen immer noch arm. Es ist Zeit, dass sich daran etwas ändert. Auch im Saarland.

### Kindergärten Teil des Bildungssystems ①

Kindergärten erfüllen eine wichtige Funktion in der Vorbereitung auf die Schule. Sie gehören zum Bildungssystem. Wenn andere Bildungseinrichtungen für die Eltern kostenfrei sind, dann müssen es die Kindergärten auch sein. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit und moderner Familienpolitik.

### Abschaffung der Kindergartenbeiträge ②

Die CDU Saar wird bei einer Regierungsübernahme die Elternbeiträge für die Kindergärten innerhalb einer Legislaturperiode abschaffen. Dazu wird in einem ersten Schritt ein landeseinheitlicher Elternbeitrag eingeführt. Dieser wird dann schrittweise in fünf Jahren auf Null zurückgefahren.

### Maßnahme ist finanzierbar

Eine solche Maßnahme, auf einen Schlag verwirklicht, kostet im Jahr rund 40 Mio. DM, noch nicht einmal 1% des Landeshaushaltes. Innerhalb von 5 Jahren müssen durch Umschichtungen im Landeshaushalt so pro Jahr ansteigend 8 Mio. DM finanziert werden. Das geht, wenn man es will!

### Keine Regelung zu Lasten Dritter

Die zusätzlichen finanziellen Mittel für die Kindergärten werden vom Land finanziert. Eine Regelung zu Lasten der Kommunen oder der freien Träger wird es nicht geben, ebensowenig wie ein Absenken der Betreuungsqualität im Kindergarten.

### Kindergarten kostenfrei - Ich bin dafür

Die CDU in Püttlingen und Köllerbach unterstützt die Aktion der CDU Saar. Unsere Landtagskandidatin **Annegret Kramp-Karrenbauer** wird sich persönlich für die Umsetzung stark machen.

Vom 20.8.-27.8. werden wir Sie im Rahmen der Aktion „Kindergarten kostenfrei - Ich bin dafür“ informieren.



Am 5. September:  
Zukunft wählen!



CDU-Wahlanzeige im Öffentlichen Anzeiger vom 19. August 1999

Der Grundsatz, dass Kindergärten ein wichtiger Teil des Bildungssystems sind, behält auch Gültigkeit, wenn Bundes- und Landespolitik versagen, nicht fähig oder Willens sind, der Kostenfreiheit im Vorschulbereich zum Durchbruch zu verhelfen. Nur diejenigen, die solche Dinge beim Namen nennen und für die Realisierung dieser längst fälligen Aufgabe eintreten, werden ihrer Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder gerecht!

So gesehen hat die DKP-Fraktion sich korrekt verhalten und es nicht verdient, von den ewigen Ja-Schnappern ange-macht zu werden. Statt sich zu mokieren, sollte Dr. Schwindling mal nachdenken, wie der Forderung nach Kostenfreiheit im Vorschulbereich endlich Nachdruck verliehen werden kann.

### Leeres Gerede hilft nichts

Die CDU Püttlingen könnte ja mal eine diesbezügliche Initiative an ihre Ministerpräsidentin richten und notwendige Forderungen formulieren. So hat sich doch Annegret Kramp-Karrenbauer im Wahlkampf 1999 (siehe Faksimile) für die „Aktion Kindergarten kostenfrei“ stark gemacht. Was die Finanzierung angeht, hieß es damals: „Innerhalb von 5 Jahren müssen durch Umschichtungen im Landeshaushalt so pro Jahr ansteigend 8 Mio. DM finanziert werden. **Das geht, wenn man es will!**“

Aber AKK und ihre Partei haben versagt. Herausgekommen ist der bereits genannte kurze Versuch und danach nichts als billige Ausreden. Allein die am „4. Pavillon“ verschleuderten Millionen hätten gereicht, den kostenlosen Kindergarten für einige Zeit zu finanzieren. Doch dazu schweigen sich der Doktor und seine Gesinnungsfreunde beharrlich aus.

### Wo bleiben CDU-Initiativen?

Statt grundsätzliche Positionen herauszustellen und über ihre Verwirklichung nachzudenken, ist die CDU schnell bei der Hand, zusätzliche Lasten auf die Familien abzuwälzen. Man brüstet sich sogar, auch den „Mut zu unpopulären Entscheidungen“ zu haben. Was ist das aber für ein trauriger Mut, immer nur nach unten zu treten und nach oben zu buckeln?

Da kann die DKP nicht mithalten. Unsere Verantwortung gegenüber den Bürgern gebietet, den immer wiederkehrenden Belastungen für Familien eine

### Ungerechte Vermögensverteilung führt zu wachsender Altersarmut:

## Gute Gründe für soziale Verbesserungen

Rund **70 Prozent** der Erwerbslosen in der Bundesrepublik sind nach neuesten Daten der europäischen Statistikbehörde **armutsgefährdet**. Der Hauptgrund liegt im Anwachsen von MiniJobs, von prekärer Beschäftigung im Niedriglohnland Deutschland. Nach Berechnungen des Instituts Arbeit und Qualifikation arbeiten rund 5,8 Millionen Beschäftigte in Deutschland für weniger als 8,50 Euro in der Stunde. **Mehr als 1,2 Millionen bekommen nicht einmal fünf Euro Stundenlohn**. Die Folge ist eine geringe Arbeitslosenunterstützung und eine dramatisch anwachsende Altersarmut.

Völlig anders ist es da bei den DAX-Chefs, deren Pensionen haben sich in den letzten 15 Jahren mehr als verdoppelt. So hat **Zetsche**, der Daimler-Chef, für seine bislang 13 Jahre Vorstandsarbeit **Pensionsansprüche von 26 Millionen Euro** erworben, Josef **Ackermann**, seit 2002 der Boss der Deutschen Bank, mindestens 13 Millionen Euro und VW-Chef **Martin Winterkorn** hat 18 Mio. Euro auf dem Alterskonto. Die Altersvorsorge für den achtköpfigen VW-Konzernvorstand ist von 2005 bis 2010 von



### Wo die Maden im Speck leben

zehn auf 64 Millionen Euro gestiegen – ein **Plus von 540 Prozent**. Das kann sich sehen lassen. Wie anders sieht es da bei den Arbeitern aus?

Nach aktuellen Berechnungen des DGB muss der Bund zwei Milliarden Euro Steuergelder jährlich aufwenden, um Geringverdienern mit Vollzeitjobs ein gesellschaftliches Existenzminimum zu garantieren.

Diese wenigen Beispiele zeigen: Die Gewerkschaften haben gewichtige Gründe, für höhere Löhne und Renten, für eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und gegen die Rente mit 67 bundesweit zu mobilisieren.

Absage zu erteilen. Die Regierenden in Saarbrücken müssen spüren, dass es Widerspruch gegen ihre Politik gibt. Würde die Opposition den Belastungen einfach zustimmen, entstünde der falsche Eindruck, dass in Püttlingen alles in Ordnung ist. Das ist aber doch beileibe nicht der Fall.

### Übrigens noch eine Anmerkung zu den Wasserträgern der CDU im Püttlinger Stadtrat:

Die FDP und der grüne Schwarze haben den Beitragserhöhungen zugestimmt, wie immer. Frau Bremm meinte dazu, dass Erhöhungen sicher unpopulär seien, aber: „Wozu gibt es Gesetze, wenn man sich nicht daran hält?“ Dazu eine Gegenfrage: Wieso muss man Gesetze, die nichts taugen, einfach hinnehmen? Schlechte Gesetze können geändert werden, wenn man den Willen und die Kraft dazu hat!

Mit frommem Augenaufschlag meinte die Püttlinger Liberale: Ohnehin könne man „vom Staat nichts alles umsonst haben, das wissen auch viele Bürger“.

### Es wird nichts geschenkt

Tja, nach den Vorgängen der letzten Wochen scheinen etliche FDP-Leute ziemlich gut zu wissen, wie man vom Staat gewisse Vorteile einstecken kann (siehe Dienstwagen-Affäre), aber die Bürger haben da andere Erfahrungen: Noch **nie** ist den einfachen Leuten vom Staat etwas geschenkt worden. Alle Leistungen, welche die Bürger jemals in Anspruch nehmen, sind vorher von ihnen selbst durch Steuern und Gebühren aufgebracht worden. Doch nicht nur das. Vieles, was aus den Steuerzahlern herausgeholt wird, landet in den falschen Kassen. Und da halten sich auch Gewährsträger in den bürgerlichen Parlamenten schadlos.

Jubiläumsveranstaltung bestätigt die Rolle von „pro + kontra“:

## Für ihre klaren Positionen anerkannt



**Im November waren es 40 Jahre her, dass zum ersten Mal die Stadtzeitung der DKP in Püttlingen erschienen ist. Immerhin wurden seitdem 321 Ausgaben verteilt. Also Anlass genug, dieses Jubiläum mit einer Veranstaltung zu würdigen.**

Der Abendveranstaltung ging eine Arbeitstagung voraus, wo über das Thema: „Können Linke auf eigene Medien verzichten?“ diskutiert wurde. Hier war deutlich geworden, dass eigenes Wirken nach außen unverzichtbar ist und dafür die ganze Bandbreite medialer Einflussnahme genutzt werden muss. In diesem Zusammenhang kam

auch die Rolle der DKP-Stadtzeitung zur Sprache. Dabei wurde herausgestellt, dass „pro + kontra“ stets klare Positionen vertreten und damit den Bürgern eine Orientierung gegeben hat. Die DKP hat sich mit ihrer Zeitung aktiv in das kommunale Geschehen eingeschaltet und dadurch beigetragen, ihre kommunalpolitischen Positionen in der Stadt langfristig zu sichern.

Nach diesem interessanten Exkurs über die Bedeutung von Kleinzeitungen, konnte der DKP-Fraktionsvorsitzende (Foto) in der ehemaligen Güterhalle des Kulturbahnhofs viele Gäste, darunter auch sozialdemokratische KollegInnen und Linke aus dem Stadtrat, begrüßen. Sie waren gekommen, um die lateinamerikanische Gruppe „Musikandes“ zu erleben. Romina Tobar und Daniel Osorio aus Chile sowie Gustavo Lepré aus Argentinien waren die Interpreten der Lieder aus Südamerika. Und es hatte sich wirklich gelohnt.

Über zwei Stunden fesselten die Musikandes mit ihren Beiträgen über die Unidad Popular und den Putsch in Chile und mit tief in der Tradition der Völker Lateinamerikas verwurzelten folkloristischen Elementen; Politik und Kultur in einer Symbiose, wie sie sonst

Schon jetzt vormerken:

## **Früh- Linksfest 2012**

**Das schon zur Tradition gewordene Treffen von Linken unterschiedlichster Nuancen findet auch dieses Jahr wieder an der Fischerhütte im Kessel-feld statt. Termin:**

**Samstag, 16. Juni 2012**

nur von den großen weltbekannten Vorbildern zu hören sind. Während der Komponist Daniel Osorio vor allem mit eindrucksvollen Gitarreninstrumentierungen, der virtuosen Beherrschung dutzender Instrumente und einer baritonartigen eindringlichen Stimme überzeugte, beeindruckte Gustavo Lepré mit heller klarer Stimme und einem mitreißenden Gitarrenspiel. Fast überflüssig der Hinweis, dass durch die Moderation von Romina Tobar immer die Bedeutung und die Besonderheiten der vorgetragenen Stücke in einer faszinierenden Mischung aus Ernst und Lockerheit erläutert wurde.



**Musikandes in Aktion, links: Daniel Osorio, mitte: Romina Tobar, rechts: Gustavo Lepré**



Der Püttlinger Unternehmer Werner Schmeer und seine Tochter Anja erhielten mit ihrer Firma Kiesgrube Schmeer den Innovationspreis „Nachhaltig Wirtschaften“. Es ist eine Auszeichnung für den guten Umgang mit der Natur. Bereits 2007 hatte die Firma schon einmal einen Nachhaltigkeitspreis errungen (Foto). Die erneute hohe Ehrung veranlasste die DKP-Fraktion zu einem Glückwunschsreiben an das Unternehmen, in dem das „verantwortungsvolle Engagement für ökologisches Wirtschaften“ ausdrücklich anerkannt und der Firma weiterhin viel Erfolg gewünscht wird.

**DKP fordert Änderung der Gebührenstruktur beim EVS:**

## Sondertarif soll Windelbonus ermöglichen

Bekanntlich hat der Stadtrat im Herbst es abgelehnt, einen Windelbonus für Familien mit Kleinkindern und Inkontinenzpatienten zu gewähren. Damit ist das Thema aber keineswegs vom Tisch, denn diese Gruppe von Menschen produziert Windelmüll, der mit „normaler“ Müllabfuhr nicht bewältigt werden kann. Das ist aber mit enormen Kosten verbunden. Nach der Reduzierung der Mindestzahl von Entleerungen auf vier Mülltonnen pro Jahr, wofür der EVS soviel kassiert wie zuvor bei 10 Leerungen, verschärft sich sogar die Belastung der Betroffenen. Die Püttlinger Windelinitiative hat schon vor Wochen deutlich erklärt, dass sie auch künftig weitermachen will.

Inzwischen hat die DKP-Fraktion die Gebührenstruktur des EVS ins Blickfeld gerückt. In einem Antrag, der dem Stadtrat zur Beratung vorliegt, wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

**„Der Stadtrat von Püttlingen beauftragt seinen Vertreter im EVS, Herrn Bürgermeister Martin Speicher, im zuständigen Gremium einen Antrag einzubringen, der die Änderung der Gebührenstruktur des EVS zum In-**

**halt hat. Ziel dabei sollte sein, einen Sondertarif einzuführen, der für Familien mit Kleinkindern bis 3 Jahren und Inkontinenz-Patienten eine finanzielle Entlastung bringt. Es wäre dabei denkbar, dass der EVS den Betroffenen auf Antrag eine bestimmte Anzahl von kostenlosen Leerungen gewährt. Die Anzahl der kostenlosen Leerungen müsste so bemessen sein, dass die derzeit entstehenden Mehrbelastungen ausgeglichen werden. Sollte die Einführung eines Sondertarifes so nicht möglich sein, könnte auch eine Rückerstattung von geleisteten Mehrzahlungen in Betracht kommen.“**

In ihrer Begründung verweist die DKP u.a. auf Presseinformationen, wonach der Entsorgungsverband Saar im Müllheizkraftwerk Neunkirchen künftig Müll aus Lothringen verbrennen will. Nach Angaben von Geschäftsführer Ecker rechnet der EVS mit einem „Umsatz von zwei Millionen Euro im Jahr, von dem ein erheblicher Gewinn in den Kassen verbleiben dürfte“. Diese Zusatz-Einnahmen könnten den EVS in die Lage versetzen, oben erwähnte Tarifänderung finanziell zu verkraften.



## Streiflichter des kommunalen Geschehens

### Kurz und knapp

Der KSV Köllerbach hat am 15. Januar im Final-Rückkampf um die deutsche Ringer-Meisterschaft leider seine Chance verpasst und musste dem Konkurrenten Weingarten den Meistertitel überlassen. Zuvor waren die Kämpfe so gut gelaufen, dass die Köllerbacher auf einen Sieg hoffen durften. Daraus wurde jedoch nichts. Die Erzielung der deutschen Vizemeisterschaft ist allerdings ein Riesenerfolg, wozu die DKP-Fraktion ganz herzlich gratuliert.

\*

Uwe Sander, der Behindertenbeauftragte der Stadt Püttlingen, legte in der Dezember-Sitzung einen aufschlussreichen Jahresbericht vor. Daraus wurde deutlich, wie stark die ehrenamtliche Tätigkeit einen Einfluss auf das Geschehen in unserer Stadt nimmt. Auch die DKP-Fraktion würdigte das Engagement von Herrn Sander.

\*

Das einstige Gasthaus „Zur Linde“ ist vor einiger Zeit von der Stadt aufgekauft worden, um das Terrain städtebaulich neu ordnen zu können. Jetzt hat der Stadtrat den Abriss des Gebäudes beschlossen, wozu Mittel aus der Landeskasse fließen. Ratsmitglied Hans Schwinding wollte für die DKP wissen, ob es schon konkrete Pläne für die spätere Nutzung gibt.



Bürgermeister Speicher erklärte, zwar gebe es mögliche Investoren, aber Genaueres könne er noch nicht sagen.

\*

Die nächste Sprechstunde der DKP-Ratsfraktion findet am Dienstag, dem 6. März, von 17 bis 19 Uhr im Gasthaus Jansens Eck statt.

DKP-Fraktion schlägt Resolution des Stadtrates gegen neofaschistische Verbrechen vor:

## Ratsparteien zieren sich, offen Farbe zu bekennen

Durch Neonazis verübte Morde haben in den letzten Wochen für öffentliches Aufsehen gesorgt, Schlagzeilen weisen darauf hin (Faksimile). Die DKP hat aus diesem Anlass den Bürgermeister aufgefordert, im Rat das Thema zu diskutieren. Ziel des Antrages war eine Resolution, welche die neofaschistischen Verbrechen verurteilt und die Bürger unserer Stadt für die Abwehr braunen Gedankenguts sensibilisiert.

Bei der Beratung im Ausschuss betonten die übrigen Parteivertreter formell ihre Ablehnung der Verbrechen, suchten aber zugleich nach vielerlei Ausflüchten, so dass am Ende keine Resolution zustande kam.

Argumentiert wurde, man solle die Rechten nicht aufwerten, ihnen keine Bühne bieten und deshalb von der Resolution Abstand nehmen. Zudem sei es eine Illusion, anzunehmen, dass man mit Resolutionen auf die Rechtsextremen einwirken könne. Nun soll der Leiter des Verfassungsschutzes zur nächsten Sitzung eingeladen werden, um die aktuelle Gefahrenlage zu er-



läutern und dann eventuell eine neue Entschließung zu verfassen.

### Aufschlussreiche Expertise

Bei der Begründung des DKP-Antrages hatte Franz Hertel auf eine „Expertise über rechtsextrem orientierte Jugendliche in Püttlingen“ verwiesen, die von der Partnerschaftlichen Erziehungshilfe vorgelegt worden ist. In dieser Unter-

suchung wird bestätigt, dass es viele in ihren Anschauungen nicht gefestigte Jugendliche gibt, welche für die Anwerbung durch rechtsextreme Organisationen empfänglich seien, zudem gebe es „eine organisierte Szene Rechtsradikaler, die Interesse daran hat, Jugendliche zu rekrutieren“.

Die Expertise legt dar, dass „in der Mitte unserer Gesellschaft rechtsgerichtetes Gedankengut stark verbreitet“ ist. Vor allem sei auch „latente und offene Fremdenfeindlichkeit“ erkennbar. Also müsse „die Bekämpfung von Rechtsextremismus auch bei solchen Gedanken und Einstellungen in der Gesamtbevölkerung, konkret im Gemeinwesen Püttlingen, ansetzen“. Man müsse, davon ausgehen, „dass die nachhaltige Bekämpfung des Rechtsextremismus immer und überall notwendig ist“. Gerade deswegen hatte die DKP ihren Antrag eingebracht!

### Resolution genügt nicht

Uns ist klar, dass eine Resolution allein nicht genügt, um weitere Untaten der Neonazis zu verhindern. Aber das antifaschistische Bewusstsein der Bürger stärken, den Widerstand gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit organisieren und zur Festigung der Demokratie beitragen, dabei kann eine Resolution sehr wohl helfen.

Außerdem hat die DKP angeregt, darüber nachzudenken, wie z.B. durch Foren, Filme und andere Aktivitäten das Thema vertieft werden kann.

### Der DKP-Resolutions-Entwurf im Wortlaut:

#### Neofaschistische Verbrechen sind ein Alarmsignal

Mit Erschütterung hat die Öffentlichkeit unlängst zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Zwickauer Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ für eine bundesweite Mordserie an acht Türken, einem Griechen und einer Heilbronner Polizistin verantwortlich ist und über mehrere Jahre hinweg ihr Mordhandwerk verübt hat. Auch Sprengstoffanschläge stehen auf dem Konto. Es wird vermutet, dass diese Gruppe von vielen Helfershelfern unterstützt wurde. Umso bestürzender ist es, dass die Täter 14 Jahre lang bundesweit ihrem heimtückischen Treiben nachgehen konnten, ohne dass Polizei oder Verfassungsschutz darauf aufmerksam wurden.

**Der Stadtrat von Püttlingen verurteilt diese Verbrechen und unterstützt die Forderung nach dauerhafter Ausschaltung der dafür ver-**

**antwortlichen Kräfte“. Wir wenden uns an die Öffentlichkeit und erklären:**

Niemand soll sagen, es geht uns nichts an, wenn sich irgendwo in unserem Land unverbesserliche Kräfte mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit hervortun u. dabei vor Mord und Totschlag nicht zurückschrecken. Neofaschistische Aktivitäten sind eine Schande, egal wo sie auftreten, sie sind gegen die Interessen aller gutwilligen, auf Verständigung und friedliches Miteinander eingestellten Menschen gerichtet.

**Wir fordern die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt auf, sich von braunem Gedankengut jeglicher Art zu distanzieren, alle Fälle von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit zu verurteilen und die Prinzipien einer demokratischen Ordnung aktiv zu unterstützen.**